

Resolution

verabschiedet auf der Personalversammlung am 14. Dezember 2006

Wir, die Beschäftigten der Städtischen Kliniken Frankfurt am Main-Höchst sind bereit, zum Fortbestehen der Kliniken in städtischer Hand unsere Arbeitskraft motiviert und engagiert einzubringen. Wir sind bereit uns zu beteiligen an der Erarbeitung und Umsetzung zukunftsweisender Konzepte, die sich orientieren an einer fachlich und menschlich guten Betreuung der Patienten und auch die Wirtschaftlichkeit des Hauses deutlich verbessern können.

Wir lehnen es jedoch ab, im Rahmen der „Zukunftssicherung“ der Städt. Kliniken auf Gehaltsbestandteile zu verzichten oder gar eine Senkung der Gehälter hinzunehmen bzw. zu verhandeln.

Eine Erhöhung der Arbeitszeit sowie betriebsbedingte Kündigungen lehnen wir ebenfalls ab.

Begründung:

1. Auf der betrieblichen und tarifvertraglichen Ebene ist es zu Verschlechterungen gekommen

- Bereits in den vergangenen Jahren sind die Einkommen einer erheblichen Anzahl von MitarbeiterInnen gesunken, weil sämtliche übertariflichen Zulagen abgeschafft wurden. Langjährigen MitarbeiterInnen wurden Besitzstände ersatzlos gestrichen.
- Die im TVöD ab 2007 vereinbarte Ausschüttung von einem Prozent der Gehaltssumme an alle Mitarbeiter und/oder in Form von Leistungsprämien ist, bevor sie zum ersten Mal stattfinden konnte, auf unbestimmte Zeit ausgesetzt worden.
- Zwei freie Tage, ehemals im Zuge der Arbeitszeitverkürzung, wurden in kurzer Folge gestrichen. Ebenso sind der Buß- und Betttag und der Nachmittag am Faschingsdienstag nicht mehr arbeitsfrei.
- Die Arbeitszeit für die Beamten ist auf wöchentlich 42 Stunden hochgesetzt worden.

- Zusatzurlaub für Behinderte und den Behinderten Gleichgestellte gibt es nicht mehr. Für all diese Mehrarbeit gibt es keinen Lohnausgleich.
- Im ärztlichen Bereich sind über Jahre unzählige Überstunden geleistet worden, die nur in Bruchteilen vergütet oder durch Freizeit ausgeglichen wurden.
- Die Umstellung der zusätzlichen Altersvorsorge über die ZVK auf ein Betriebsrentensystem hat dazu geführt, dass die Kolleginnen und Kollegen nicht die erwartete Versorgung im Alter haben werden. Damit ist es für die meisten Beschäftigten unerlässlich geworden einen Teil ihres Gehaltes für eine zusätzliche Altersversorgung anzulegen.
- Der von den Arbeitnehmern zu leistende Eigenanteil am Job-Ticket ist kontinuierlich gestiegen.

1. Eine Reihe politischer Entscheidungen hat dazu geführt, dass die Beschäftigten insgesamt über weniger Nettoeinkommen verfügen

- So wurde ein Sonderbeitrag zur Krankenversicherung nur für die Arbeitnehmer fällig, um Zahnersatz und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall abzusichern.
- Wir haben in Kürze eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und Erhöhungen der Beiträge zu den Sozialversicherungen zu verkraften.
- Steuerliche Erleichterungen für Arbeitnehmer werden sukzessive verringert z. B. über die Absenkung der Pendlerpauschale im Jahr 2007.

Diese Aufzählung ließe sich noch fortführen.

Das Niveau der Gehälter im öffentlichen Dienst lag und liegt traditionell deutlich unter dem der Privatwirtschaft. Begründet wurde diese Diskrepanz immer mit Argumenten wie: Der öffentliche Dienst bietet statt eines hohen Einkommens einen sicheren Arbeitsplatz und eine gute Altersversorgung.

Diese Argumente haben (leider) weitgehend ihre Gültigkeit verloren. Für uns sind Arbeitsplatzabbau, befristete Verträge und damit dauernde Bedrohung von Arbeitslosigkeit längst nichts Neues mehr. Existenzängste nehmen zu.

Eine verfehlte Gesundheits- und Steuerpolitik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene führt dazu, dass die öffentlichen Kassen leer werden. Und selbst wenn Geld da ist, werden die Prioritäten bei den Ausgaben nicht im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge gesetzt.

Warum verzichtet die Stadt Frankfurt bspw. auf ca. 90 Mill. € Einnahmen indem sie den Hebesatz der Gewerbesteuer senkt?

Wir sehen es nicht ein, dass wir mit unseren ohnehin nicht üppigen Einkommen für die Sanierung der Städt. Kliniken einstehen sollen und lehnen deshalb jede Maßnahme in diese Richtung entschieden ab.

Geld ist in diesem Land genug vorhanden. Es ist nur falsch verteilt.